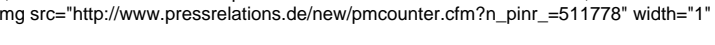




IT-Beauftragte Rogall-Grothe fordert hohe IT-Sicherheit bei intelligenten Netzen

IT-Beauftragte Rogall-Grothe fordert hohe IT-Sicherheit bei intelligenten Netzen
In seiner heutigen vierten Sitzung hat sich der Nationale Cybersicherheitsrat unter dem Vorsitz der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, unter anderem mit der Thematik "Intelligente Netze" beschäftigt. "Sogenannte Intelligente Netze werden zukünftig unseren Alltag stark durchdringen: von der Energieversorgung mit Smart Meter und Smart Grid über das Verkehrswesen mit selbstfahrenden und kommunizierenden Autos bis zum Gesundheitswesen werden wichtige Infrastrukturen derzeit digitalisiert. Intelligente Netze bringen Vorteile für die Steuerung und Nutzung der Infrastrukturen, erhöhen aber die Abhängigkeit von Informationstechnik und Internet. Umso bedeutender ist die Verwendung von sicheren IT-Komponenten", erklärte Rogall-Grothe nach der Sitzung. "Die Attraktivität intelligenter Netze als Angriffsziel für Cyber-Kriminelle wird zunehmen." Am Beispiel Intelligenter Stromnetze lässt sich die Vielschichtigkeit und Komplexität der Thematik "Intelligente Netze" belegen. Die Abkehr von der zentralen Stromerzeugung hin zur dezentralen Erzeugung soll über miteinander vernetzte, sich gegenseitig steuernde Stromerzeuger, -speicher und -verbraucher erfolgen. Sämtliche Akteure auf dem Strommarkt werden durch das Zusammenspiel von Erzeugung, Speicherung, Netzmanagement und Verbrauch in ein Gesamtsystem integriert. Diese enge Vernetzung mittels Informations- und Kommunikationstechnik bringt neue Möglichkeiten, Stromerzeugung und -verbrauch anforderungsgerecht zu steuern, birgt aber auch Risiken für die Sicherheit. Daher ist das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bei der Prüfung und Zertifizierung sicherer Komponenten im Energiebereich intensiv eingebunden. Auch für intelligente Netze in anderen Bereichen sollten BSI-zertifizierte Komponenten verwendet werden. Weitere Themen der heutigen Sitzung des Cybersicherheitsrates waren die "EU-Cybersicherheitsstrategie" und der "IT-Schutz Kritischer Infrastrukturen". Hintergrund: Was ist der Nationale Cybersicherheitsrat? Das Bundeskabinett hat am 23. Februar 2011 eine Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland beschlossen. Ein wesentlicher Baustein ist die Einberufung eines Nationalen Cybersicherheitsrates. Der Cybersicherheitsrat tagt auf Ebene der Staatssekretäre unter dem Vorsitz der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe. Sein Auftrag ist die politisch-strategische Vernetzung und Koordination von Staat und Wirtschaft im Bereich der Cybersicherheit. Entsprechend der Cyber-Sicherheitsstrategie sind im Cybersicherheitsrat neben dem Bundesministerium des Innern das Bundeskanzleramt, Auswärtiges Amt, Bundesministerium der Verteidigung, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bundesministerium der Justiz, Bundesministerium der Finanzen sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung vertreten. Zudem nehmen der Präsident des BSI sowie Vertreter aus Baden-Württemberg und Hessen teil. Assoziierte Vertreter seitens der Wirtschaft sind der BDI, BITKOM, DIHK und der Übertragungsnetzbetreiber Amprion. Weitere Informationen finden Sie unter www.bmi.bund.de
Verantwortlich: Jens Teschke
Redaktion: Markus Beyer, Dr. Mareike Kutt, Hendrik Löriges, Dr. Philipp Spauschus
Pressereferat im Bundesministerium des Innern, Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin
E-Mail: presse@bmi.bund.de www.bmi.bund.de, Telefon: 030/18681-1022/1023/1089 Fax: + 49 30/18681-1083/1084


Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

presse@bmi.bund.de www.bmi.bund.de, Telefon: 030/18681-1022/1023/1089 Fax: + 49 30/18681-1083/1084

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

presse@bmi.bund.de www.bmi.bund.de, Telefon: 030/18681-1022/1023/1089 Fax: + 49 30/18681-1083/1084

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.